

Sachsen-Anhalt

Die Kommunalverwaltung

Fachzeitschrift für die kommunale Praxis

Redaktion

Susanne Sonntag, Werner Frasch

93–115 Inhalt

Randnummer

Europa, Bund, Land

- 93 Gebührenverordnung zum Informationsfreiheitsgesetz

Gemeinden, Kreise

- 94 Befangenheit eines Gemeinderatmitglieds wegen individuellen Sonderinteresses oder nur »unschädliches« Gruppeninteresse

Finanzen und Abgaben

- 95 Die kommunale Finanzsituation 2002 bis 2004
96 Neufassung des Fernstraßenbauprivatfinanzierungsgesetzes

Öffentliche Sicherheit und Ordnung, Verkehr, Personenstand und Datenschutz

- 97 Lichtbild-Erfordernis bei Kinderreisepässen
98 Abschiebung des ausländischen Vaters eines deutschen Kindes
99 Änderung der StVO und der BKatV – Neue Tunnelbeschilderung
100 Anschnallpflicht und Telefonierverbot vor roter Ampel

Bau und Wohnung, Planung, Straßen, Feuerschutz

- 101 Dachgeschossausbau im Innenbereich
102 Windenergieanlage neben Segelflugplatz zulässig
103 Abschaffung der Eigenheimzulage

Erziehung und Bildung, Kultur, Gesundheit, Sport

- 104 Tarifvertrag zur Zukunftssicherung der Krankenhäuser (TV ZUSI)

Soziale Leistungen, Behinderte

- 105 Rechtsweg für Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung
106 Änderung des SGB II – Kostentragung des Bundes

Fortsetzung nächste Seite

- 107 Weitere Änderungen des SGB II sowie Änderungen des BKG und des SGB XII
- 108 Eingliederungsmittel-Verordnung 2006
- 109 Eingliederungshilfe für behinderte Menschen
- Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaft**
- 110 Steuerbefreiung von kommunalen Wirtschaftsförderungsgesellschaften
- Arbeitsrecht und Sozialversicherung**
- 111 Weitere Änderungen im Arbeitsförderungsrecht
- 112 Neufassung des Vierten Buchs Sozialgesetzbuch
- 113 Änderung des Sechsten Buchs Sozialgesetzbuch – Absenkung der Rentenbeiträge für Alg II-Bezieher
- 114 Änderung des Siebten Buchs Sozialgesetzbuch – Gesetzliche Unfallversicherung
- 115 Neufassung der Datenerfassungs- und -übermittlungsverordnung

Inhalt der Landesbeilage Sachsen-Anhalt

Gesetz zur Neuordnung des Landesdisziplinarrechts	LSA 17
Das neue Landesdisziplinargesetz (1): Allgemeines	LSA 18
Das neue Landesdisziplinargesetz (2): Arten der Disziplinarmaßnahmen	LSA 19
Aktuelle Lektüre	LSA 20

Die Kommunalverwaltung

Redaktion: Susanne Sonntag, Assessorin (verantwortl.); Werner Fräsch.

Verlagsanschrift: Richard Boorberg Verlag GmbH & Co KG, Scharnstraße 2, 70563 Stuttgart, Telefon (07 11) 73 85-0, Fax (07 11) 73 85-3 30; Postfach 70551 Stuttgart; www.boorberg.de.

Anzeigenverwaltung: AWG Agentur für Verlags- und Wirtschaftswerbung GmbH, Barbarossastr. 21, 63517 Rodenbach, Telefon (0 61 84) 95 08-0, Telefax (0 61 84) 5 45 24.

Anzeigenpreislste: Nr. 7 vom 1.1.2004 ist gültig.

Erscheinungsweise: einmal monatlich.

Jahresbezugspreis: 178,20 € (inkl. Versandkosten).

Bestellungen nimmt der Verlag entgegen. Eine Abbestellung kann frühestens zum Vierteljahresende gültig werden, wenn sie spätestens 6 Wochen vorher dem Verlag vorliegt.

Druck und Verarbeitung: e. kurz + co druck und medientechnik gmbh, 70182 Stuttgart.

Die Zeitschrift und alle in ihr enthaltenen Beiträge sind *urheberrechtlich geschützt*. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes bedarf der *Zustimmung* des Verlags. Mit der Annahme des Beitrags zur Veröffentlichung erwirbt der Verlag alle ausschließlichen Verlagsrechte für die Zeit des Bestehens des Urheberrechts. Diese umfassen insbesondere auch das Recht zur Herstellung elektronischer Versionen und die Befugnis zur Einspeicherung des Beitrags in eine Datenbank, verbunden mit dem Recht zu deren Vervielfältigung und Verbreitung (online oder offline) zu gewerblichen Zwecken ohne zusätzliche Vergütung. Das ausschließliche Recht an einer elektronischen Version des Beitrags erwirbt der Verlag ohne zeitliche Begrenzung. **ISSN 0949-0698**

INFORMATIONEN

Erste Vorbereitungen für das Reformationsjubiläum 2017

Der Lenkungsausschuss zur Vorbereitung des Reformationsjubiläums 2017 hat sich im März in der Lutherstadt Eisleben konstituiert. Den Vorsitz hat kraft Amtes Kultusminister *Prof. Dr. Jan-Hendrik Olbertz* inne. Die Stiftung Luthergedenkstätten wurde mit der Koordinierung der Vorbereitungen betraut.

Mit der Vorbereitung des Reformationsjubiläums hatte sich das Kabinett in seiner Sitzung am 31. 1. 2006 befasst und beschlossen, dass in einem zu gründenden Kuratorium zur Vorbereitung des Jubiläums der Ministerpräsident und der für Kirchen zuständige Minister vertreten sein sollen. In der Lenkungsgruppe sind für das Land das Kultusministerium, die Ministerien für Wirtschaft und Arbeit sowie für Bau und Verkehr, die Staatskanzlei und die Landesmarketinggesellschaft vertreten. Vereinbart wurde eine enge Abstimmung mit den Kirchen.

Bei der konstituierenden Sitzung des Lenkungsausschusses geht es zunächst um eine Skizzierung der künftigen Aufgaben und den Entwurf eines Zeit- und Maßnahmeplans. Einen Schwerpunkt bildet dabei die Planung kultureller Veranstaltungen. Vorgesehen sind Arbeitsgruppen zu Bauaktivitäten und Infrastrukturmaßnahmen, der Vorbereitung einer Antragstellung für EU-Mittel sowie die Installation eines wissenschaftlichen Beirats. Ebenso kommt es auf eine Bündelung der regionalen Belange der Regionen Wittenberg, Eisleben sowie weiterer mitteldeutscher Standorte mit der Wirtschaft, der touristischen Infrastruktur sowie den Medien an.

Kultusminister *Prof. Dr. Olbertz* betonte, dass Sachsen-Anhalt aus gutem Grunde schon frühzeitig mit den Vorbereitungen für eines der wirklich großen Ereignisse des kommenden Jahrzehnts beginne. »Es mag kühn erscheinen, dass wir uns bereits jetzt mit einem Ereignis beschäftigen, das erst in über elf Jahren stattfindet. Indes ist der 500. Jahrestag des Beginns der Reformation ein Ereignis von so großer kirchlicher, kultureller und auch gesamtgesellschaftlicher Bedeutung, dass die Vorbereitungen bereits jetzt beginnen müssen. Sachsen-Anhalt

hat den kaum zu überschätzenden Vorteil, dass die Reformationsstätten Eisleben und Wittenberg – zugleich UNESCO-Welterbestätten – im Land liegen.« Im Jahr 2017 werde zum Reformationsjubiläum die Welt in Sachsen-Anhalt zu Gast sein. Deshalb wolle man für dieses Ereignis gut gerüstet sein. *Prof. Dr. Olbertz* regte an, im Blick auf dieses Ereignis von 2008 bis 2017 mit jährlichen Höhepunkten eine »Luther-Dekade« als vorbereitende Veranstaltungsreihe zu konzipieren.

Die nächste Sitzung des Lenkungsausschusses war für den Frühsommer anberaumt.

Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt

Pressestelle
Turmschanzenstr. 32
39114 Magdeburg
Tel.: 0391/5 67-3710
Fax: 0391/5 67-3775

Mail: presse@mk.sachsen-anhalt.de

(Quelle: Pressemitteilung des Kultusministeriums Nr. 087/06 vom 13. 3. 2006)

An den Grundschulen: IGLU-Tests 2006

25 Grundschulen aus Sachsen-Anhalt waren an der Internationalen Grundschulleseuntersuchung IGLU-2006 beteiligt. Ziel dieser Untersuchung ist es, die Fähigkeiten von Kindern im Leseverständnis am Ende der vierten Jahrgangsstufe zu erfassen. Die Auswahl der Schulen in Sachsen-Anhalt erfolgte nach dem Zufallsprinzip. In jeder der 25 Grundschulen wurde im internationalen Test eine vierte Klasse getestet, die ebenfalls per Zufall durch das Data Processing Center (DPC Hamburg), das mit der Durchführung der Tests beauftragt ist, ermittelt wurde. Der IGLU-Test fand an einem Tag statt und beinhaltete die Bearbeitung von Testaufgaben zur Lesekompetenz, zu Rechtschreibfähigkeiten, zu allgemeinen Grundfähigkeiten sowie das Ausfüllen eines Fragebogens.

Die ersten Schulen begannen mit den Tests am 24. 4., die komplette Testreihe endete in Sachsen-Anhalt am 2. 6. 2006. Die Testaufgaben zu grundlegenden Lesekompetenzen enthalten bspw. Anforderungen wie

- gesuchte Wörter in einem Text erkennen,
- angegebene Sachverhalte aus einer Textpassage erschließen,

- in einem Text enthaltene Sachverhalte aufgrund des Kontextes erschließen,
- mehrere Textpassagen sinnvoll miteinander in Beziehung setzen.

Die Lesekompetenz gehört neben dem Schreiben und den Grundrechenfertigkeiten zu den zentralen Wissens- und Könnensbereichen, die am Ende der Grundschule als Fundament für den weiteren Schulbildungs- und Lebensweg aufgebaut sein müssen.

An IGLU-2006 nahm Deutschland mit insgesamt 410 Schulen und rd. 10 000 Schülerinnen und Schülern vierter Klassen und rd. 10 000 Schülerinnen und Schülern dritter Klassen teil. Weltweit beteiligten sich 42 Länder an diesem internationalen Leistungsvergleich.

Verbunden mit dem IGLU-Test wurde in Deutschland ein zweites Vorhaben realisiert, das mit der Überprüfung der bundesweit festgelegten sog. »Bildungsstandards« zusammenhängt. Es wurden hierzu entwickelte Aufgabenserien für die Fächer Deutsch und Mathematik auf ihre Eignung überprüft. Die Kinder bearbeiteten an den gezogenen Schulen an einem zweiten Tag diese Aufgabenserien, und zwar in der vierten und einer weiteren dritten Klasse. Damit sollten entscheidende Voraussetzungen geschaffen werden, um voraussichtlich ab 2009 regelmäßig überprüfen zu können, ob in den Bundesländern die in den Bildungsstandards beschriebenen Wissens- und Könnensziele auch tatsächlich erreicht werden.

Die internationalen Vergleichsergebnisse der IGLU-Studie für Deutschland werden im Dezember 2007 vorliegen. Der Projektverantwortliche für IGLU-2006 ist *Prof. Dr. Wilfried Bos* am Institut für Schulentwicklungsforschung (IFS) an der Universität Dortmund.

Weitere Informationen zu diesem Thema gibt es im Internet unter folgenden Adressen: <http://www.iea-dpc.de/Home/Studien/IGLU/iglu.html> bzw. <http://www.ifs.uni-dortmund.de/>.

Impressum:

Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt

Pressestelle

Turmschanzenstr. 32

39114 Magdeburg

Tel.: 0391/5 67-3710

Fax: 0391/5 67-3775

Mail: presse@mk.sachsen-anhalt.de

Web-Adresse Kultusministerium: <http://www.mk.sachsen-anhalt.de>

(Quelle: Pressemitteilung des Kultusministeriums Nr. 112/06 vom 28. 4. 2006)

160 Mio. € für Erhaltung und Ausbau des Straßennetzes im Land

In die Erhaltung und den Ausbau der Bundes- und Landesstraßen in Sachsen-Anhalt sollen in diesem Jahr rd. 160 Mio. € investiert werden. Insgesamt würden damit Straßenbauvorhaben mit einem Kostenbedarf von etwa 40 Mio. € neu begonnen und mit einem Kostenbedarf von rd. 120 Mio. € planmäßig weitergeführt, erläuterte Verkehrsminister *Dr. Karl-Heinz Dachehre*. »Damit ist sichergestellt, dass die Ertüchtigung der Infrastruktur im Land zielgerichtet fortgesetzt wird«, sagte er.

Allein für den Ausbau des Landesstraßennetzes sind in diesem Jahr insgesamt rd. 50 Mio. € vorgesehen.

Zu den wichtigsten Projekten, die in diesem Jahr fortgeführt bzw. neu begonnen werden, gehören u. a.:

Bei den Landesstraßen:

L 230 Ersatzneubau der »Schieferbach«-Brücke bei Meisdorf, L 123 Strecke Zahna – Wüstemark mit Ortsdurchfahrt Wüstemark, L 154 Ersatzneubau der Saalebrücke Nelben, L 176 Ortsumgehung Döcklitz, L 72 Ortsumgehung Sandersleben.

Bei den Bundesstraßen:

B 184 Ausbau mit Brückenersatzneubau zwischen Dessau und Roßlau, B 2/B 91 Fortführung der Ortsumgehung Zeitz/Theißen 2. Bauabschnitt, B 187 Ortsdurchfahrt Mühlanger, B 71/B 248 Eisenbahnkreuzungsmaßnahme Salzwedel, B 184 Ortsumgehung Gommern – Dannigkow.

Impressum:

Ministerium für Bau und Verkehr

Pressestelle

Turmschanzenstr. 30

39114 Magdeburg

Tel.: 0391/5 67-7504

Fax: 0391/5 67-7509

Mail: presse@mbv.lsa-net.de

(Quelle: Pressemitteilung des Ministeriums für Bau und Verkehr Nr. 041/06 vom 28. 4. 2006)

Fortsetzung auf Seite III

Fortsetzung von Seite II

Wechsel an der Spitze des Amtsgerichts in Zerbst

Der Wechsel an der Spitze des Amtsgerichts Zerbst ist offiziell vollzogen. *Matthias Paterok* ist neuer Direktor des Amtsgerichts Zerbst. Sein Vorgänger *Dr. Jörg Kriewitz* leitet jetzt das Amtsgericht in Wittenberg.

Bei einer Feierstunde in Zerbst würdigte *Burkhard Lischka*, Staatssekretär im Justizministerium, die Arbeit von *Dr. Kriewitz* in Zerbst. Er wünschte ihm alles Gute und viel Erfolg im neuen Amt. *Dr. Kriewitz* habe das Zerbster Amtsgericht »mit der ihm eigenen Tatkraft und Ausdauer in hervorragender Weise geführt« und entschieden dazu beigetragen, dass das Amtsgericht Zerbst heute über einen sehr ansprechenden Neubau verfüge, der eine effiziente Organisation des Dienstbetriebs ermögliche.

Nachfolger *Paterok* ist seit März 2006 Direktor des Amtsgerichts in Zerbst. Zuvor war er bereits ein halbes Jahr mit der Wahrnehmung der Geschäfte des amtierenden Direktors in Zerbst betraut.

Der gebürtige Berliner absolvierte sein erstes juristisches Staatsexamen in Passau. Nach anschließendem Referendariat schloss er sein zweites Staatsexamen in Berlin ab. Nach einer dreijährigen Zeit als Richter auf Probe in Sachsen-Anhalt wurde *Paterok* Richter am Landgericht Dessau und gewann zwischendurch auch Einblicke am Oberlandesgericht Naumburg. *Lischka* lobte *Pateroks* »hohes fachliches Können in der Rechtsprechung«, seine fundierten Erfahrungen in der Justizverwaltung und sein großes Engagement als Leiter von Referendararbeitsgemeinschaften für den juristischen Nachwuchs.

(Quelle: Pressemitteilung Nr. 040/06 des Ministeriums der Justiz vom 18. 5. 2006)

Land und Bund sorgen auch 2006 für rd. 2 650 zusätzliche Ausbildungsplätze

Sachsen-Anhalt beteiligt sich auch 2006 am »Ausbildungsplatzprogramm Ost«. Darüber informierte Wirtschafts- und Arbeitsminister *Dr. Reiner Haseloff* im Mai das Kabinett. Der Bund

fördert in diesem Jahr die Bereitstellung von bis zu 13 000 zusätzlichen Ausbildungsplätzen für die neuen Länder. Davon entfallen maximal 2 141 auf Sachsen-Anhalt. Die Kosten teilen sich Bund und Länder. Jeder vom Bund geförderte zusätzliche Ausbildungsplatz für nicht vermittelte Bewerber muss demnach mit 6 774,62 € aus ESF-Mitteln des Landes mitfinanziert werden (ESF = Europäischer Sozialfonds). Der Anteil des Landes summiert sich damit bis 2009 (Ende der Ausbildungsperiode) auf 14,5 Mio. €.

Wie *Haseloff* dem Kabinett weiter berichtete, wird das Bund-Länder-Programm, wie im Koalitionsvertrag vereinbart, auch in diesem Jahr durch ein Landesergänzungsprogramm aufgestockt. Damit sind bis zu 500 weitere Ausbildungsplätze förderbar. Im Landesergänzungsprogramm sind pro Ausbildungsplatz 13 549,24 € eingeplant, davon 75 % aus ESF-Mitteln und 25 % aus Landesmitteln – Gesamtkosten bis 2009 maximal 6,774 Mio. €.

»Sachsen-Anhalt reagiert damit auf die nach wie vor angespannte Situation am Ausbildungsmarkt,« erklärte *Haseloff*, »denn trotz leicht zurückgehender Bewerberzahlen wird für 2006 noch einmal eine erhebliche Ausbildungslücke prognostiziert.«

Haseloff legte dem Kabinett auch den Berufsbildungsbericht 2005 vor. Darin wird ein deutlicher Rückgang der Zahl der BewerberInnen gegenüber dem Vorjahr registriert (– 2 730 auf 30 276). Zurückzuführen ist das v. a. auf die sinkende Zahl der Schulabgänger (32 095 gegenüber 34 766 im Vorjahr). Für 2006 wird ein weiterer leichter Rückgang der Schulabgängerzahlen prognostiziert, für 2007 noch einmal ein »Aufwuchs« (doppelter Abiturienten-Jahrgang). Ab 2008 gehen die Abgängerzahlen zunächst um etwa ein Drittel, ab 2010 sogar um mehr als die Hälfte zurück.

Auch im Jahr 2005 ist es unter großen Anstrengungen aller Beteiligten am Pakt für Ausbildung gelungen, fast allen ausbildungswilligen und -fähigen BewerberInnen eine Ausbildungsmöglichkeit zu vermitteln. Nur 152 BewerberInnen blieben unvermittelt. Das ist ein Anteil an den Gesamtbewerbern von 0,5 % und erneut ein Spitzenplatz unter den Bundesländern.

Erfreulich ist, dass der Anteil der betrieblichen Ausbildungsplätze gegenüber dem Vor-

jahr deutlich von 42 auf 43,7 % gesteigert werden konnte. Obwohl Sachsen-Anhalt seit mehreren Jahren die höchsten Werte bei der Ausbildungsbeteiligung der Unternehmen hat, bleibt das Angebot an betrieblichen Ausbildungsplätzen deutlich niedriger als die Nachfrage nach dualer Ausbildung. Die Differenz zwischen den ausbildenden Unternehmen (27 % aller Unternehmen) und den ausbildungsberechtigten Unternehmen (54 %) stellt ein beachtliches Potential für weitere Ausbildungsplatzangebote dar. Im verarbeitenden Gewerbe bilden bereits 47 % aller Unternehmen aus. Vorrangiges Ziel der Partner im Ausbildungspakt bleibt unverändert die Schaffung zusätzlicher betrieblicher Ausbildungsplätze.

Die Zahl der SchulabgängerInnen ohne Schulabschluss ist 2005 erfreulicherweise zurückgegangen, aber nach wie vor zu hoch. Im Schuljahr 2004/2005 verließen 11,7 % der Jugendlichen die Schulen ohne Abschluss (Vorjahr: 14,0 %). Dieser Anteil ist bei den Jungen (rd. 15 %) immer noch fast doppelt so hoch wie bei den Mädchen (8,2 %). Die Chancen von BewerberInnen ohne Schulabschluss sind nach vorliegenden Daten sehr schlecht. Deren Anteil an allen Auszubildenden liegt im IHK-Bereich bei 0,5 %, im Handwerksbereich bei knapp 9 %. Lediglich in den Bereichen Landwirtschaft (11 %) und Hauswirtschaft (22 %) stellt diese Gruppe einen nennenswerten Anteil der Auszubildenden.

Bei der Berufswahl verhalten sich Jugendliche nach wie vor sehr konservativ. Die Hitliste der zehn am häufigsten gewählten Ausbildungsberufe führen bei den Mädchen Büro-, Einzelhandels- und Dienstleistungsberufe an. Beliebtester Beruf bei den Jungen ist der Kfz-Mechatroniker, gefolgt von Koch und Tischler. Gerade am Beispiel Kfz-Mechatroniker zeigt sich aber, dass »Traumberufe« selten erreicht werden. Gerade einmal 30 % der Bewerber mit diesem Berufswunsch sind tatsächlich in eine Ausbildung in diesem Beruf eingemündet.

Dass Jugendliche oftmals noch von den realen Anforderungen des gewählten Berufs überrascht werden, zeigt sich in dem nach wie vor sehr hohen Anteil vorzeitig gelöster Ausbildungsverträge wurden vorzeitig aufgelöst, davon knapp die Hälfte bereits im ersten Ausbildungs-

jahr, ungefähr ein Fünftel sogar schon während der Probezeit. Allerdings lagen all diese Anteile leicht niedriger als in den Vorjahren.

(Quelle: Pressemitteilung Nr. 236/06 der Staatskanzlei vom 16. 5. 2006)

Fachbeirat für Nachwachsende Rohstoffe berufen

Das Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt setzt weiterhin auf die Zusammenarbeit mit dem Fachbeirat für Nachwachsende Rohstoffe. Staatssekretär *Dr. Hermann Onko Aei-kens* berief im Mai in Magdeburg 15 Vertreter aus Wirtschaft, Wissenschaft und Praxis in den Fachbeirat des Landes.

Der Fachbeirat steht dem Ministerium als beratendes Gremium jeweils für drei Jahre zur Seite. Er ist nunmehr zum vierten Mal berufen worden, um die Landesregierung über neueste Entwicklungen im Bereich der nachwachsenden Rohstoffe zu informieren und Empfehlungen für Entscheidungen der Landesregierung zu geben.

Der Fachbeirat wird sich aktuell relevanten Themen wie der künftigen energetischen und stofflichen Biomasseverwertung, der Verbesserung der Wettbewerbsposition von Produkten aus nachwachsenden Rohstoffen widmen. Des Weiteren wird das Fachgremium die weitere Umsetzung der von ihm erarbeiteten Handlungsempfehlung für die Landesregierung begleiten.

Dr. Aei-kens betonte: »Sachsen-Anhalt ist eine deutschlandweit anerkannte Modellregion für nachwachsende Rohstoffe. Daran hat der Fachbeirat seinen Anteil.« Er würdigte die bisher geleistete Arbeit des Fachbeirats als sachkundig und engagiert und zeigte sich sicher, dass es auch zukünftig gemeinsam gelingen wird, tragfähige und sinnvolle Lösungen zu finden.

Zum Vorsitzenden des Fachbeirats wurde auf der konstituierenden Sitzung Herr Prof. *Dr. Ingo Schellenberg* gewählt.

(Quelle: Pressemitteilung Nr. 094/06 des Ministeriums für Landwirtschaft und Umwelt vom 18. 5. 2006)